

Die Welt / Berlin / 17.10.2019 / S. 1

„Nun droht eine unkontrollierte Rückkehr“

Politiker von SPD und Grünen wollen deutsche IS-Terroristen zurückholen. CDU-Innenpolitiker Frei widerspricht

Knapp ein Jahr ließ sich Deutschland Zeit. Als US-Präsident Donald Trump die Bundesrepublik im Februar aufforderte, deutsche IS-Terroristen aus Gefangenenlagern in Syrien zurückzunehmen, sah man hierzulande keinen Grund zur Eile. Trumps Forderung sei „außerordentlich schwierig zu realisieren“, sagte etwa Außenminister Heiko Maas (SPD). Nun aber ist die Lage in Nordsyrien nach dem Einmarsch der Türkei eskaliert – und der Druck auf die Bundesregierung wächst.

Politiker von SPD und Grünen sehen Deutschland in der Pflicht, die eigenen Staatsangehörigen zurückzunehmen – bevor sie aus den Lagern ausbrechen und unkontrolliert nach Europa zurückkommen. „Es gehört aus meiner Sicht zur Glaubwürdigkeit des deutschen Rechtsstaates, dass wir Straftäter in einem ordentlichen Gerichtsverfahren

hier in Deutschland verurteilen“, sagte Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) „Spiegel Online“. Auch die innenpolitische Sprecherin der Grünenfraktion fordert einen Rücktransport. „In der Tat wäre es schon lange die Verantwortung der Bundesregierung gewesen, die Rückkehr der deutschen IS-Kämpfer zu organisieren, damit sie hierzulande der Strafverfolgung zugeführt werden können“, sagt Irene Mihalic WELT. „Nun droht eine unkontrollierte Rückkehr nach Deutschland und Europa von Menschen, von denen auch weitere Gefahren ausgehen könnten.“

Bislang hat das Auswärtige Amt nur die Rückreise einiger Kinder organisiert. 111 aus Deutschland ausgereiste Islamisten saßen Ende September nach Regierungsangaben noch in Syrien in Haft. Neben der Sorge, durch einen Rücktransport gefährliche Extremisten nach Deutschland zu holen, gibt es auch

administrative Probleme. Wegen des Krieges hat die deutsche Botschaft in Syrien geschlossen, was die Identitätsprüfung der Lagerinsassen erschwert – eine Hürde, die durch die Kampfhandlungen eher größer werden dürfte.

Die Unionsfraktion hält ohnehin nichts von einem Rücktransport. „Wir werden keine Rückholung betreiben“, sagt Fraktionsvize Thorsten Frei (CDU) WELT. „Von IS-Rückkehrern geht ein außergewöhnlich hohes Sicherheitsrisiko aus. Deutschland hat zunächst und vor allem eine Verantwortung gegenüber den Deutschen, die unser Land nicht als Teil einer Terrorarmee bekämpft haben.“ Es sei zudem zu klären, „ob etwa der Irak einen Strafverfolgungsanspruch geltend machen und ehemalige IS-Kämpfer vor ein nationales Gericht stellen will“. Denkbar sei auch die Verurteilung vor einem internationalen Gerichtshof. Ricarda Breyton